DIE LUPE

DIE LINKE.
Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg
dielinke-tempelhof-schoeneberg.de

Februar 2021

Helfen statt reden - DIE LINKE. bürgernah, sozial und für Frieden

"Mieter schützen, S-Bahn retten! Start ins Wahljahr 2021"

Foto: Privat

23. Januar 2021: Alexander King bleibt für die kommenden zwei Jahre der Vorsitzende der LINKEN in Tempelhof-Schöneberg. Für seine dritte Amtszeit erhielt er am Samstag (23.1.) auf einer gut besuchten Mitgliederversammlung 84 Prozent Ja-Stimmen. Die Mitgliederversammlung fand online statt. Lediglich die Stimmabgabe erfolgte in Präsenz im Rathaus Schöneberg. Auch die übrigen Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands wurden bestätigt: Carsten Schulz und Grace Irazque als stellvertretende Vorsitzende, Martin Rutsch als Schatzmeister und Elisabeth Wissel als Schriftführerin. Insgesamt wurden 16 Vorstandsmitglieder gewählt. Außerdem bestimmten die Mitglieder einen Vorschlag für die Landesliste zur Abgeordnetenhauswahl.
Der Vorschlag an den Landesvorstand enthält Alexander King, Friederike Benda, Katharina Marg, Harald Gindra und Philipp Bertram.

"DIE LINKE muss stärker in den Senat zurückkehren", so King, "damit sie die Errungenschaften den linken Mietenpolitik verteidigen kann - nicht nur gegen den CDU-Abgeordneten Luczak, der gegen den Mietendeckel klagt, und die Immobilienwirtschaft, die im letzten Jahr die Berliner CDU mit 800.000 Euro geschmiert hat, sondern auch gegen den Koalitionspartner SPD und deren Spitzenkandidatin Giffey."

Außerdem, so King, müsse die S-Bahn gegen den anderen Koalitionspartner, die Grünen, verteidigt werden. "Die Grünen wollen den Wettbewerb auf die Schiene holen. Man fühlt sich an die 90er Jahre erinnert." Die grüne Senatorin habe privaten Investoren mit der Ausschreibung den roten Teppich ausgerollt. "Nur DIE LINKE kann dafür sorgen, dass die S-Bahn nicht zerschlagen und der Einzug privater Kapitalinteressen verhindert wird."

King forderte klare Kante gegen Vorschläge wie die ÖPNV-Zwangsabgabe oder die City-Maut, die derzeit zur ÖPNV-Finanzierung diskutiert werden. "Hier sollen den Berlinern Hunderte von Millionen Euro aus der Tasche gezogen werden. Wir müssen dazu sagen: nicht mit uns! Wichtiger wäre zuzusagen, dass die Ticketpreise in den kommenden Jahren nicht weiter steigen." Zusätzliche finanzielle Belastungen wären das letzte, was die Berliner jetzt bräuchten.

Schöneberger Original - Friederike Benda will für DIE LINKE ins Abgeordnetenhaus

Foto: Privat

LUPE: Friederike, du bist im Schöneberger Norden aufgewachsen, hast deine Kindheit und Jugend hier verbracht. In Stichworten, woran denkst du als erstes?
Zuckerfest und lesbisch-schwules Straßenfest in einem, Habibi-Falafel am Winterfeldtplatz, Pallas, Juxcircus, 1. FC Schöneberg, Downstairs, Potse, Mini City im Europacenter.

LUPE: Wenn du dir heute den Kiez anschaust, in dem du aufgewachsen bist,was hat sich verändert? Welche Probleme siehst du?
Der Kiez muss hart darum kämpfen, seine Seele nicht gänzlich zu verlieren. Die wurde bereits an unzähligen Ecken und Enden verscherbelt und verdrängt.
Der Sound der Subkultur, die Haubesetzungen und Organisierung internationaler Solidarität im Schöneberg der 80er und Anfang der 90er Jahre habe ich nicht aktiv erlebt, dafür bin ich zu jung. Aber ich bin dann in einer Umgebung aufgewachsen, in der noch sehr viel davon übrig war. Das hat mich geprägt. Und das gilt es wo nur möglich zu erhalten, zurückzugewinnen und neu aufzubauen. Potse und Drugstore (das älteste selbstverwaltete Jugendzentrum Berlins) kenne ich seit meiner Jugend, dass die verjagt werden, macht mich richtig fertig.
In Schöneberg sind die Mieten in den vergangenen zehn Jahren um bis zu 80 Prozent gestiegen (ein Blick in den Crellekiez oder in Richtung Viktoria-Luise-Platz reicht), während die Einkommen der Berlinerinnen und Berliner stagnieren.

Fortsetzung auf Seite 2

Sozialrechtsberatung
mit RA Claus Förster und Dipl.Sozpäd. M. Lampel
i.d.R. 2. Dienstag
16 Uhr **unter Vorbehalt nur mit Anmeldung**
Rote Insel / Telefonisch

Sprechstunde mit MdA **Harald Gindra**
Derzeit nur telefonisch 2x im Monat donnerstags 16-18 Uhr | Anmeldung:
gindra@linksfraktion.berlin

Sprechstunde mit MdA **Philipp Bertram**
Derzeit nur telefonisch
i.d.R. 14-tägig
donnerstags 15-17 Uhr
Anmeldung:
bertram@linksfraktion.berlin

Fortsetzung von S.1

Schöneberger Original Friederike Benda will für DIE LINKE ins Abgeordnetenhaus

Das heißt: die Miete frisst im Durchschnitt hier 45 % des Nettoeinkommens auf. Berlin verzeichnete in den vergangenen Jahren gleichzeitig ein Konjunkturhoch und Wachstumsraten, aber die Menschen haben kaum mehr Geld als im Jahr 2000.

LUPE: Das heißt, die Konjunktur kommt nicht bei den Menschen an?
Ja bzw. kommt sie bei den allermeisten Menschen nicht an. Die Konjunkturentwicklung hat z.B. darüber hinweggetäuscht, dass viele Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor entstanden sind. Wir sehen hieran doch so deutlich, dass wenn es „der" Wirtschaft gut geht, es eben nicht allen gut geht. Bspw. ächzen auch kleine und mittlere Betriebe unter der Mietlast und können sich diese nicht mehr leisten. So verliert der Kiez auch seine Originale. Das macht viel kaputt.

LUPE: Ein kurzer Blick auf den gesamten Bezirk, wo siehst du dringenden Handlungsbedarf?
Okay, in kurz und demnach unvollständig:
Keine Schließung des Wenckebach-Klinikums und Wiedereingliederung der Arbeitsplätze und Übernahme des Personals der ausgegliederten Betriebe bei Vivantes und Charité, Arbeitsplätze bei Daimler sichern, Mieten deckeln und Deutsche Wohnen und Co enteignen, Jobaus für die Angestellten bei Durstexpress verhindern.

BVV am 20. Januar 2021

Wegen Coronakrise Einschränkungen bei der BVV-Durchführung
Die letzte BVV im Januar sollte nicht länger als zwei Stunden dauern und sie wurde auch pünktlich abgebrochen, obwohl noch Bezirksverordnete auf der Redner:innenliste standen. Einwohneranfragen sowie Mündliche Anfragen wurden nur schriftlich beantwortet. Als erstes wurde über eine Änderung in der Geschäftsordnung abgestimmt, so dass die Sitzungen der BVV in Krisenzeiten wie derzeit auch online stattfinden können. Dem Änderungsantrag der Grünen dazu, dass eine Zweidrittelmehrheit darüber abstimmen sollte, wie die BVV-Sitzung verläuft, hat DIE LINKE nicht zugestimmt. Wir wollten einen einstimmigen Beschluss des Ältestenrats, damit kleinere Fraktionen nicht benachteiligt werden können. Die nächste BVV wird im Rahmen einer Online-Veranstaltung ablaufen. Ob dies technisch alles klappt und alle rechtlichen Fragen bis Februar geklärt sind, wird sich zeigen, zumindest sind andere Bezirke in diesen Fragen schon weiter als unser Bezirk.

DIE LINKE ist gegen Fahrpreiserhöhungen
Gegen unseren Antrag (Drs. 1957) „Fahrpreiserhöhungen bei den öffentlichen Verkehrsmitteln zurücknehmen" brachte die SPD einen Ersatzantrag ein: „365 Euro-Ticket statt Fahrpreiserhöhung", der bei der letzten BVV auf der Tagesordnung stand. Es ist gerade in der Coronakrise für viele Menschen mit wenig Einkommen eine Zumutung, neben den erhöhten Verbrauchskosten, die derzeit anstehen, auch noch erhöhte Fahrkosten in Kauf zu nehmen. Ärmere Menschen dürfen in ihrer Mobilität durch Fahrpreiserhöhungen nicht noch weiter eingeschränkt werden. Auch verkehrspolitisch ist es ein Fehler, da der ÖPNV (Öffentliche Personennahverkehr) doch genutzt und langfristig eher kostengünstig gestaltet werden sollte. Der Ersatzantrag von der SPD schafft dagegen keinerlei Anreize, vom Auto auf den ÖPNV zu wechseln, und für Menschen mit geringem Einkommen ist ihr Vorschlag keine echte Alternative. Es müssten dann alle Einwohner:innen verpflichtet werden, sich dieses Ticket zu kaufen. Aber das wäre ungerecht nicht nur wegen der preislichen Gestaltung, sondern auch weil ein Großteil der Menschen die BVG kaum oder gar nicht nutzt. Beide Anträge wurden von der BVV abgelehnt. Jedoch ist die Debatte noch nicht zu Ende geführt und wird im kommenden Wahlkampf wieder eine Rolle spielen.

Ausstellungshalle im Rathaus soll nach Coco Schumann benannt werden
Der Antrag (Drs. 2028) von Grüne, CDU und FDP „Benennung der Ausstellungshalle im Rathaus nach Coco Schumann" stieß bei vielen Verordneten auf Grund der Dringlichkeit auf Unverständnis, da im letzten Kulturausschuss noch ein Antrag zur Benennung nach dem ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizäcker vorlag. Mit Vehemenz setzten die antragstellenden Fraktionen mehrheitlich durch, den Antrag vorrangig in der BVV zu behandeln mit gleichzeitiger Abstimmung. DIE LINKE hat den Antrag, da keine Beratung mehr möglich war, unterstützt und findet die Benennung gut. Coco Schumann war Überlebender des Holocaust und die Namensgebung hat Bezug zur Dauerausstellung „Wir waren Nachbarn". Wir ehren Coco Schumann, weil er als Opfer der Nazi-Diktatur unsägliches Leid ertragen musste und die Kraft fand, als Zeitzeuge über die Vernichtung von Menschen und die Verbrechen des Holocaust zu berichten. Damit hat er dazu beigetragen, dass wir wachsam sein müssen, gegen jede Form von Nationalismus, rechten Parolen, Diskriminierung und Rassismus. Trotz dieser Verbrechen an ihm, hatte Coco Schumann die Kraft, für die Nachwelt eine wunderbare Musik zu hinterlassen.

Elisabeth Wissel

Kaiser-Wilhelm-Platz soll nach Richard von Weizäcker benannt werden

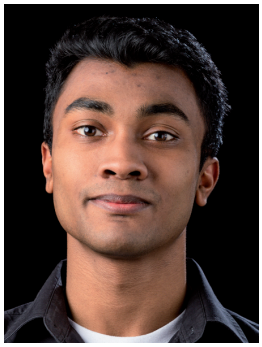
In den letzten Jahrzehnten hatte es bereits mehrere Versuche gegeben, diesen Platz umzubenennen. Die Versuche scheiterten, nicht zuletzt an den konservativen Kräften in der BVV.

In den 1990er Jahren hatte die PDS den Vorstoß unternommen, den Platz nach Salvador Allende zu benennen, dem ehemaligen chilenischen Staatspräsidenten, der 1973 während eines Militärputsches ums Leben kam.
Nun ist es in der letzten BVV in einem Hauruck-Verfahren durch Grüne, CDU und FDP gelungen, einen Beschluss herbeizuführen, der den Kaiser-Wilhelm-Platz zukünftig nach Richard von Weizäcker benennen wird. Mit ihrem Antrag (Drs. 2025), der vorrangig in der BVV behandelt und abgestimmt werden sollte, starteten sie einen Schnellschuss und schlossen damit jeglichen Beratungsbedarf über das Für und Wider im zuständigen Ausschuss aus.
Es wurde Druck ausgeübt, um rasch zu einem Beschluss zu kommen, als ob es im Bezirk keiner wichtigeren Entscheidungen bedürfe.
Erst war es die Ausstellungshalle mit der Dauerausstellung „Wir waren Nachbarn" im Rathaus und auf einmal soll es der Kaiser-Wilhelm-Platz sein, der nach Richard von Weizäcker benannt werden soll.

Fortsetzung auf Seite 3

Helfen statt reden - DIE LINKE. im Rathaus ist für Sie da!

Carolin Behrenwald
Ausschüsse für:
Eingabe und Beschwerden; Schule; Integration (Ausschussvorsitz); Frauen-, Queer- und Inklusionspolitik (Stellv. Ausschussvorsitz).
carolin.behrenwald[at]
linksfraktion-ts.de



Martin Rutsch
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Ausschüsse für:
Bürgerdienste und Ordnungsangelegenheiten; Straßen, Verkehr, Grün und Umwelt; Jugendhilfeausschuss.
martin.rutsch[at]
linksfraktion-ts.de

Dr. Christine Scherzinger

Ausschüsse für:
Stadtentwicklung; Wirtschaft.

christine.scherzinger[at]
linksfraktion-ts.de

Katharina Marg

Ausschüsse für:
Rechnungsprüfung; Gesundheit; Sport.

katharina.marg[at]
linksfraktion-ts.de

Elisabeth Wissel
Fraktionsvorsitzende
Ausschüsse für:
Bibliotheken, Bildung und Kultur; Soziales, Senioren und demografischer Wandel; Hauptausschuss; Facillity Management; Ältestenrat.
elisabeth.wissel[at]
linksfraktion-ts.de
Telefon: 01577 34 62 721

Liebe Tempelhof-Schöneberger_innen,
am 18. September 2016 wurde DIE LINKE. mit 8,7 % erstmals in Fraktionsstärke in die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Tempelhof-Schöneberg gewählt. DIE LINKE. ist nun mit 5 Verordneten in der BVV vertreten. Unser Plus von 5 Prozentpunkten hat gezeigt, dass immer mehr Menschen in unserem Bezirk eine soziale Alternative zu den anderen Parteien wollen. Wir nehmen das als Verantwortung. „Helfen statt reden" - das war unser Motto im Wahlkampf. Und das ist unser Anspruch auch nach der Wahl. Wir möchten gerne Ihre eigenen Anliegen hören und mit Ihnen diese politisch umsetzen. Hierzu bieten wir j**eden Mittwoch von 15-17 Uhr im Rathaus Schöneberg (Raum 2115)** eine Sprechstunde an, zu der wir Sie herzlich einladen. Eine Anmeldung vorab ist nicht notwendig. Ferner können Sie uns auch per Mail unter **kontakt@linksfraktion-ts.de** erreichen. Wir freuen uns auf Sie!

Büro und Erreichbarkeit
im **Rathaus Schöneberg**:
Raum 2115
Tel: 030 /90 27 74 898
(Neu: 030 26 59 34 86)
E-Mail: *konta*kt[at]
linksfraktion-ts.de
Sprechstunde:
Mittwochs 15 - 17 Uhr

Sie handelten damit entgegen dem im Bezirk bestehenden Beschluss, Frauennamen bei der Vergabe von Benennung von Straßen und Plätzen prioritär auszuwählen, da Frauen im öffentlichen Straßenland bei der Benennung unterrepräsentiert sind. DIE LINKE lehnte den Antrag ab.

Wir sind offen für die Diskussion über die Umbenennung von Straßen und Plätzen, die eine Zeit glorifizieren, die heute keiner mehr haben will, besonders wenn die Namensgeber mit Kolonialismus und Militarismus in Zusammenhang stehen. Richard von Weizäcker war von 1981 bis 1984 Bürgermeister von Berlin, aber welchen Bezug ein Namensgeber zu Schöneberg hat, das sollte bei der Vergabe auch eine Rolle spielen.
Es bieten sich außerdem viele andere Persönlichkeiten an, die sich um unseren Bezirk verdient gemacht haben oder aber verdienstvolle Einsätze um das Wohl aller leisteten. Beispielsweise Widerstandskämpferinnen gegen die NS-Diktatur, die für Menschenrechte kämpften und dabei ihr Leben riskierten.
Auch die Anwohner waren in keinster Weise miteinbezogen. Dabei sollten auch die mit der Änderung einverstanden sein oder auch ggf. einen geeigneteren Namen vorschlagen dürfen.

Elisabeth Wissel

Fraktionssitzung

In offener Diskussion, Gäste sind ausdrücklich eingeladen. Mitglieder, andere kommunal Interessierte und von bezirklichen Entscheidungen Betroffene können auf diese Weise Einfluss auf Vorlagen der BVV nehmen.

Bezirksverordnetenversammlung (BVV)

Im Abgeordnetenhaus

Harald Gindra MdA,
Sprecher für Wirtschaft und Entwicklung der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus.
gindra[at]linksfraktion.berlin
Kiezbüro:
Hildburghauser Str. 29
12279 Berlin
Tel: +49 030/ 40 74 89 79
+49 030/ 23 25 25 83
buero[at]harald-gindra.de
Sprechstunde
i.d.R. 14-tägig
nur nach Absprache.
www.harald-gindra.de

Willensbekundung: Solidarität mit den Mitarbeiter_innen von „Durstexpress“ und Unterstützung ihrer Forderungen

Die BVV Tempelhof-Schöneberg solidarisiert sich mit den Beschäftigten von Durstexpress und teilt ihre Forderungen nach fairer Betriebsübernahme in die fusionierte Firma Flaschenpost zu den Konditionen des alten Arbeitsvertrages.
Begründung: Obwohl gerade Lieferdienste von der Corona-Krise profitieren und expandieren, ist es unverständlich, dass Arbeitsplätze in der Teilestraße abgebaut und ein Teil der bisherigen Arbeitsplätze von Durstexpress in das fusionierte Unternehmen Flaschenpost mit bisher schlechteren Arbeitsbedingungen erfolgen soll. Daher ist es wichtig, dass die BVV gegen diese Umstrukturierung eines Großkonzerns zum Nachtteil der Beschäftigten öffentlich ein Zeichen setzt.
Es ist unmenschlich, dass ein milliardenschwerer Konzern wie Dr. Oetker während der Corona-Krise hunderte Beschäftigte auf die Straße setzt und einem Teil der Belegschaft schlechtere Arbeitsbedingungen abnötigen will. *Elisabeth Wissel*

Foto: Martin Rutsch

Foto: Martin Rutsch

Eindrücke von der Kundgebung für die Mitarbeitenden von Durstexpress am 4.02.2021. Von Links: Gesine Lötzsch (MdB), Elisabeth Wissel (Fraktionsvorsitzende BVV), Pascal Meiser (MdB für Friedrichshain-Kreuzberg), Harald Gindra (MdA, Tempelhof-Schöneberg).

Philipp Bertram, MdA
Sportpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus:
bertram[at]linksfraktion.berlin
Stadtbüro:
Kaiserin-Augusta-Str. 75
12103 Berlin
Tel: +49 030/ 66 86 42 45
+49 030/ 23 25 25 47
buero[at]philipp-bertram.de
Sprechstunde:
i.d.R. 14-tägig
Stadtbüro: Do.15-17 Uhr
Rote Insel:1.Mo.15-17 Uhr
Sozial-Rechtsberatung:
i.d.R. 4. Do.15-17 Uhr
im Stadtbüro, nach Absprache

Bald erste Gemeinschaftsschule mit gymnasialer Oberstufe im Bezirk

Die soziale Herkunft soll zukünftig im Bildungssystem keine Rolle mehr spielen. Dafür sprachen sich die Koalitionspartner SPD, DIE LINKE und die Grünen bei ihrem Antritt in die Regierungsverantwortung 2016 in Berlin aus und beschlossen, die Gemeinschaftsschule „qualitativ und quantitativ“ weiter zu entwickeln. Denn die Gemeinschaftsschule ist ein wichtiger Meilenstein für längeres gemeinsames Lernen und auch im Hinblick auf das Ziel Abitur. In Friedenau wird es nun bald die erste Gemeinschaftsschule mit gymnasialer Oberstufe im Bezirk geben. Der Start mit Jahrgang 11 wird im Schuljahr 2021/22 erfolgen und die Fortsetzung könne mit Jahrgang 12 im Schuljahr 2022/23 im Filialstandort Otzenstraße abgesichert werden, so das Bezirksamt in einer Mitteilung zur Kenntnisnahme (MzK) vom Dezember (Drs.0280 Ursprungsantrag „Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe am Standort Friedenauer Gemeinschaftsschule“ von Grüne, SPD, DIE LINKE). Der Schulkonferenzbeschluss hierzu wurde am 30.03.2017 gefasst, wobei die Dauer der Umsetzung vor allem auch der Personalentwicklung geschuldet ist. Seit 2008/2009 gibt es die Gemeinschaftsschulen, die vor allem in den östlichen Bezirken längst umgesetzt wurden. Liegt es vielleicht an der neuen Schulform, dass die formalen Voraussetzungen so lange dauerten? Auf jeden Fall könnte und müsste es mehr solcher Schulangebote geben. DIE LINKE tritt für diese Schulform seit mehr als 15 Jahren ein, denn gute Schulen zeichnen sich u.a. dadurch aus, dass nicht ein frühes Aussortieren von vermeintlich schwächeren Schüler:innen vorgenommen wird. Die Chancen auf einen höheren Bildungsabschluss stehen für Kinder aus Arbeiterfamilien in Deutschland immer noch um ein Vielfaches schlechter als für Kinder aus Akademiker-Haushalten. Schule darf aber nicht vorprogrammieren wer weiter lernen darf, sie muss für alle eine gute Förderung gewährleisten. Zwar gab es in Berlin in den letzten Jahren schon große Anstrengungen in Bezug auf Reformen wie beispielsweise die ISS (integrierte Sekundarschule), eine Fusion von Haupt- und Realschule, jedoch haben nur drei ISS im Bezirk (Carl-Zeiss, Sophie-Scholl und Gustav-Heinemann) eine gymnasiale Oberstufe. Alle drei Schulen seien regelmäßig übernachgefragt und der Bezirk könne die steigende Nachfrage nicht decken heißt es in der MzK. Durch einen Schulwechsel beispielsweise an ein berufliches Gymnasium an einem Oberstufenzentren kann das Abitur abgelegt werden, aber nur bei Kooperationen mit den ISS. Mit der Schulreform ISS sollen Bildungsungleichheiten abgebaut werden, aber eine ISS ist nicht das gleiche wie eine Gemeinschaftsschule, bei der eine gemeinsame Beschulung von der 1. bis 10. Klasse stattfindet, und mit gymnasialer Oberstufe, auch das Abitur. DIE LINKE freut sich, dass das nun in Friedenau gelungen ist, und wird sich weiter dafür einsetzen, dass Gemeinschaftsschulen entstehen, denn sie werden gebraucht.

http://www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de/politik/die_lupe/ *Elisabeth Wissel*

„Seenotrettung ist kein Verbrechen“

Foto: Sophie Seydel

Die aktuelle Ausstellung

Die dreiteilige Ausstellung „Seenotrettung ist kein Verbrechen“, eröffnete am 18. Dezember mit einer gemeinsamen online Vernissage. Der Vorteil des Formats erlaubte das Betrachten der Bilder an drei Orten zur gleichen Zeit.

Von verschiedenen Blickpunkten werden Widerstand und aktivistischer Einsatz beleuchtet, angefangen mit einer Serie über einen Such und Rettungseinsatz auf dem Mittelmeer mit der Alan Kurdi, dem Rettungsschiff von Sea-Eye, im Februar 2019. Doch nicht die Rettung an sich wird thematisiert, sondern der Zwischenzustand des Wartens, das Ausharren, Trainieren, Abläufe wiederholen um sie zu können, der Alltag auf dem Schiff. Zu sehen ist dieser Teil der Ausstellung in Phillip Bertrams Abgeordneten Büro in Alt-Tempelhof.

Einen persönlicheren Einblick erlaubt die Porträtserie über die einzelnen Seenotrettenden. Ausgerüstet mit ihren spezifischen Werkzeugen, Hilfsmitteln, gekleidet in ihrer Einsatzkleidung geben die Porträtierten der Bewegung ein Gesicht und zeigen, dass Menschen verschiedenster Berufsgruppen gesucht werden für Einsätze auf dem Mittelmeer. Ausgestellt ist diese 17-teilige Serie im Abgeordneten Büro von Harald Gindra in Marienfelde und lässt sich durch das große Fenster auch von außen betrachten.

Um das Thema Flucht und Migration auf eine greifbarere Ebene zu holen setzt sich der dritte und letzte Teil der Ausstellung mit der Seebrücke und den Organisationen, welche sich für die Aufnahme geflüchteter Menschen einsetzten, für sichere Fluchtrouten und sichere Häfen, ein solidarisches Europa und lokale Lösungen für globale Probleme auseinander. Das Herzstück der Serie ist das Foto der 13.000 Stühle vor dem Bundestag, ein Symbol für die Forderung „Wir haben Platz“ und eine Visualisierung der Menschen, die auf den Inseln in der Ägäis festsitzen. Die Bilder hängen in der Roten Insel und sollen auch eine Erinnerung daran sein sich mit dem Thema intensiver auseinander zu setzten. Betrachten lassen sich die Serien als einzeln abgeschlossen und doch eingebettet in eine größere Ausstellung. Die Ereignisse werden aus dem Blickwinkel von Sophie Seydel erzählt, enthalten daher keinen Anspruch auf Vollständigkeit und repräsentieren nicht unbedingt die Meinungen der Organisationen oder Bewegung. Da es sich um komplexe Themen handelt können die Serien selbstverständlich nur einen kleinen Einblick in verschiedene Unterthemen bieten, der die Betrachtenden dazu einladen soll sich tiefgründiger mit Flucht, Migration, Widerstand, Aktivismus und Bewegungen auseinander zu setzten.

Sophie Seydel

Foto: Sophie Seydel

Sophie Seydel studiert Fotografie im Abschlusssemester an der Neuen Schule für Fotografie, setzt sich in verschiedenen zivilgesellschaftlichen Bewegungen für eine bessere Welt ein und ist seit 2018 Mitglied der Linken. In ihren dokumentarischen und fotojournalistischen Projekten setzt sich Sophie hauptsächlich mit Seenotrettung, Aktivismus und der Klimabewegung auseinander.

Die Solidarität mit Kuba ist unteilbar!

Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft Cuba sí der Partei DIE LINKE zum Beschluss des Parteivorstandes der Partei DIE LINKE vom 23. Januar 2021

Der 23. Januar 2021 könnte eine Zäsur in der bisherigen Politik der Partei DIE LINKE gegenüber dem sozialistischen Kuba bedeuten. Der Parteivorstand (PV) beschloss an diesem Tag mit großer Mehrheit den Antrag *„Solidarität mit Kuba“*, in dem die *„Fortsetzung des Dialogs in Kuba mit kritischen Künstler*innen und Aktivist*innen zur Demokratisierung der kubanischen Gesellschaft“* eingefordert wird. Erstmals in der Geschichte unserer Partei wurde damit von einem offiziellen Parteigremium ein Beschluss gefasst, in dem der demokratische Charakter der kubanischen Revolution in Frage gestellt und zu einem Dialog in Kuba mit so bezeichneten „Aktivist*innen“ aufgerufen wird. Mit dieser Formulierung wurde zweifelsfrei ein Tabubruch vollzogen, der vom innerparteilichen Zusammenschluss Emanzipatorische Linke (EmaLi) vorangetrieben wurde. Es ist daher auch nicht weiter verwunderlich, dass der Autor Matti Steinitz im *neuen deutschland (nd DER TAG)* am 2. Februar 2021 von „einem guten Tabubruch“ spricht. Marco Pompe von EmaLi freut sich über die breite Unterstützung für „unser Anliegen“ im Parteivorstand und berichtet davon, „wie verbissen einige wenige versuchten, eine Unterstützung von kubanischen Menschenrechtsaktivist*innen zu verhindern“. Und auch von Miami aus agitierende und von Washington finanzierte Internetmedien wie „Diario de Cuba“ und „Cibercuba“ jubeln schon über den Bruch der bisherigen Kuba-Politik der LINKEN und über die Solidarisierung mit den kubanischen „Dissidenten“.

An dieser Stelle könnte die gerade erst begonnene Diskussion bereits für beendet erklärt und der Beginn einer neuen Kuba-Politik der Partei DIE LINKE konstatiert werden. Der Sachverhalt ist jedoch weniger eindeutig und Kontext und Hintergründe sind deutlich komplexer, als die Worte derer vermuten lassen, die schon lange an einer Entsolidarisierung mit der kubanischen Revolution vor und hinter den Kulissen in der Partei arbeiten. Zu einer vollständigen Darstellung muss zunächst erwähnt werden, dass der PV-Beschluss neben den immer wieder zitierten Zeilen auch zahlreiche Forderungen umfasst, die im Einklang mit den bisherigen Beschlüssen und der praktizierten Politik der Partei DIE LINKE zum sozialistischen Kuba stehen. Hierzu gehören die Verurteilung der unter US-Präsident Trump verschärften völkerrechtswidrigen US-Blockade sowie die jüngst vorgenommene Wiederaufnahme Kubas in die US-Liste „Terrorismus unterstützender Staaten“ ebenso wie die Forderung zur Unterstützung der Kampagne der Kuba-Solidaritätsbewegung *„Unblock Cuba“*. Des weiteren werden in dem Beschluss des Parteivorstandes Versuche verurteilt, „die Regierung Kubas durch Regime-Change-Aktivitäten aus dem Ausland zu stürzen“; die deutsche Bundesregierung und die Europäische Union werden aufgefordert, sich diesbezüglichen Aktivitäten entgegenzustellen. Diese Forderungen werden weder im Beitrag von Steinitz im *nd* noch vom EmaLi-Vertreter erwähnt und somit wird nur ein kleiner Teil des Beschlusses dargestellt.

Ebenso wird verschwiegen, dass der nun gefasste Beschluss das Ergebnis eines Verhandlungsprozesses zwischen verschiedenen politischen Strömungen im Parteivorstand darstellt, da der ursprünglich von EmaLi eingebrachte Antrag mit dem Titel *„Solidarität mit Kubas demokratischen Menschenrechtsaktivist*innen“* noch vor der Beratung zurückgezogen und durch den letztlich beschlossenen Antrag ersetzt wurde. Bei näherer Betrachtung des ursprünglichen Antrages der Emanzipatorischen Linken wird deutlich, welche tatsächlichen Vorstellungen und Ziele die maßgeblich von Katja Kipping dominierte Strömung im Hinblick auf Kuba verfolgt. So ist die zurückgezogene Beschlussvorlage „Solidarität mit Kubas demokratischen Menschenrechtsaktivist*innen“ in mehreren Passagen fast wortwörtlich einem Artikel der *tageszeitung (taz)* vom 25. November 2020 entnommen, die mit ihrer *taz*-Panter-Stiftung angehende kubanische Journalistinnen und Journalisten in ihrem Sinne ausbildet sowie finanziell unterstützt. Auf diese Weise soll der Aufbau sogenannter „zivilgesellschaftlicher Strukturen“ direkt gefördert werden. Damit folgt die den zunehmend neoliberalen und bellizistischen Grünen nahestehende Zeitung der Strategie der deutschen Bundesregierung, „durch Besucherprogramme, Mediendialoge und Projektarbeit vorpolitische Freiräume“ zu eröffnen und die „Möglichkeiten der zivilgesellschaftlichen Öffnung“ zu nutzen, „um gesellschaftliche Veränderungsprozesse zu begleiten“ (Bundestagsdrucksache 18/11550). Explizit lobte die Bundesregierung in diesem Bericht über die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik vom März 2017 auch die Aktivitäten der *„taz-Panter-Stiftung“* und sprach davon, dass „ein von dieser Stiftung organisierter und vom Auswärtigen Amt finanzierter Medienworkshop einen Beitrag zur Öffnung des strikt reglementierten Informationssektors“ leiste. Auch die US-Regierung verfolgt schon lange eine entsprechende Strategie: Der ehemalige Leiter der US-Interessenvertretung in Havanna, Jonathan Farrar, sprach bereits im Jahr 2009 davon, dass seine Regierung in Zukunft nicht mehr auf die bisherige Generation von Dissidenten setzen, sondern den Fokus auf junge Leute richten wolle, die international einen gewissen Bekanntheitsgrad haben, und hob die Bedeutung „unabhängiger“ Blogger und Journalisten sowie „regierungskritischer“ Künstler hervor. Gerade solche „kritischen Künstlerinnen und Künstler“ standen im Fokus eines im November letzten Jahres begonnenen Konfliktes, der den politischen Bezug zum EmaLi-Antrag darstellt.

Mit den „demokratischen Menschenrechtsaktivist*innen“ ist konkret eine Gruppe von Künstlerinnen und Künstlern gemeint, die sich als „Movimiento San Isidro“ bezeichnen und nach der Verhaftung eines ihrer Mitglieder, des Rappers Denis Solís, in den Hungerstreik getreten sind. Während die genauen Umstände und der Ablauf seiner Verhaftung nicht von entscheidender Bedeutung sind, lässt sich nicht bestreiten, dass Solís ein bekennender Anhänger Donald Trumps ist und politisch fern jedweder progressiver Haltung zu charakterisieren

ist. Über diesen Umstand schwiegen sich die Autoren des Antrages der Emanzipatorischen Linken ebenso aus wie über das Eingeständnis von Solís, direkte Kontakte zu rechtsextremen und antikubanischen Kräften in den USA zu haben. Schlussendlich bezeichnen sie – wie Steinitz im *nd* – entsprechende Berichte als „nationalistische Diffamierungskampagne". Solche Behauptungen sowie die von EmaLi eingeforderte und vom politischen Kontext losgelöste Solidarisierung mit einer politisch mindestens fragwürdigen Gruppierung, die im Ausland bekannter als in Kuba selbst sein dürfte, kann und darf nicht Inhalt der Kuba-Politik der LINKEN werden. Dies liefe auf eine offene Unterstützung der konterrevolutionären Kräfte in Kubas hinaus!

Auch wenn diese Forderung letztlich kein Bestandteil des PV-Beschlusses vom 23. Januar 2021 wurde, bleibt der nun beschlossene Text trotzdem mehr als problematisch. Der Punkt 5 des PV-Beschlusses lautet: „Für DIE LINKE gilt, Menschenrechte sind universell, sie gelten für jede*n – überall! Wir treten ein für eine Fortsetzung des Dialogs in Kuba mit kritischen Künstler*innen und Aktivist*innen zur Demokratisierung der kubanischen Gesellschaft".
Der Parteivorstand der LINKEN kombiniert die richtigen Forderungen in den Punkten 1 bis 4 sowie die richtige Aussage in Punkt 5 zur universellen Geltung der Menschenrechte mit der Forderung nach einem „Dialog" mit kubanischen Dissidenten, die ihre Sympathien für die Blockadepolitik der USA offen erklären. Die US-Blockade verletzt massiv die Menschenrechte des kubanischen Volkes, und die Trump-Regierung hat in ihrer Amtszeit die seit fast 60 Jahren bestehende Blockade gegen Kuba massiv verschärft.

Der Parteivorstand der LINKEN und unsere gesamte Partei werden unglaubwürdig, wenn sie die US-Blockade verurteilen, Regime-Change-Maßnahmen ablehnen, die universelle Geltung der Menschenrechte hervorheben und zur Solidarität aufrufen – gleichzeitig aber den Dialog mit Befürwortern einer kubafeindlichen Politik fordern. Deshalb können wir, die Mitstreiter*innen der AG Cuba sí, den PV-Beschluss vom 23. Januar 2021, der diese falsche Forderung enthält, nicht akzeptieren. Dieser Beschluss bedeutet für DIE LINKE eine Abkehr von der Solidarität mit dem sozialistischen Kuba; er wird zudem die guten Beziehungen unserer Partei zur Kommunistischen Partei Kubas sowie zu den linken Parteien und Bewegungen in Lateinamerika schwer beschädigen.

Es verbietet sich für eine linke Partei, sich jenen Kräften anzuschließen, die die Begriffe Menschenrechte und Demokratie als politische Keule gegen – aus westlicher Sicht – unliebsame Staaten verwenden und diese Begriffe damit entwerten. Behauptungen über Menschenrechtsverletzungen und fehlende Demokratie haben den USA und ihren Verbündeten immer wieder als Begründung gedient für politische Einmischung und Erpressung, für den Raub von Rohstoffen, für Staatsstreiche und Kriege. Mit der Behauptung, es gebe Menschenrechtsverletzungen und keine Demokratie in Kuba, haben die USA Attentate und Bombenanschläge auf der Insel verübt, Ernten vernichtet, eine Militärintervention in der Schweinebucht initiiert und führen seit Jahrzehnten einen Wirtschaftskrieg.

Die Partei DIE LINKE täte deshalb gut daran, alle Versuche einer Neuausrichtung der bisherigen Kuba-Politik konsequent zurückzuweisen und an ihrem Prinzip des Internationalismus und der Solidarität mit der kubanischen Bevölkerung und ihrer sozialistischen Regierung festzuhalten.

Wir möchten an dieser Stelle auch darauf hinweisen, dass kein Beschluss des Parteivorstandes die von den Parteitagen und vom Bundesausschuss bereits angenommenen und gültigen Beschlüsse zu Kuba revidieren kann und darf. Dabei kommt dem Bundesausschuss, der das höchste politische Gremium zwischen den Parteitagen ist und Konsultativ-, Kontroll- und Initiativfunktionen gegenüber dem Parteivorstand besitzt, eine herausragende Bedeutung zu. Im Bundesausschuss wurde am 16. Januar 2021 ein von der Arbeitsgemeinschaft Cuba sí eingereichter Antrag *„Die US-Blockade gegen Kuba muss endlich beendet werden!"* mit großer Mehrheit angenommenen, in dem die uneingeschränkte Solidarität mit Kuba eingefordert wird.

Dort heißt es: „DIE LINKE wird verstärkt einer mangelhaften und unrichtigen Berichterstattung über Kuba entgegentreten. DIE LINKE wird weiterhin in allen Parteistrukturen die Solidaritätsarbeit der AG Cuba Sí für Kuba aktiv politisch unterstützen sowie die notwendigen materiellen Bedingungen für eine effektive Solidaritätsarbeit der AG Cuba sí und der Partei DIE LINKE bereitstellen. DIE LINKE bekräftigt ihre Solidarität mit der kubanischen Revolution."

Dieser Beschluss des Bundesausschusses der LINKEN vom 16. Januar 2021 ist die gültige Grundlage der Kuba-Politik der Partei DIE LINKE und sollte auch von denjenigen akzeptiert werden, die sich einen grundsätzlichen Wandel der bisherigen Politik gegenüber Kuba erhofft hatten.

Die AG Cuba sí wird auch weiterhin für eine von Respekt und Solidarität getragene Politik gegenüber der kubanischen Bevölkerung und ihrer sozialistischen Regierung eintreten. Wir fordern den Parteivorstand auf, seinen Beschluss vom 23. Januar 2021 zurückzunehmen und den vom Bundesauschuss am 16. Januar 2021 beschlossenen Antrag „Die US-Blockade gegen Kuba muss endlich beendet werden!" als alleinige Grundlage der Kuba-Politik zu bestätigen.

Es ist nun an uns, die von einigen wenigen angestrebte Neuausrichtung der Kuba-Politik der LINKEN zu verhindern und die LINKE auch weiterhin als internationalistische Partei zu erhalten und zu stärken. Die LINKE wäre auch um ihrer selbst willen gut beraten, an ihren außenpolitischen Prinzipien festzuhalten und sich der von einigen Abgeordneten der Bundestagsfraktion angestrebten Preisgabe der friedenspolitischen und internationalistischen Grundsätze entgegenzustellen. Nur so kann es gelingen, die Einheit der Partei zu wahren und die LINKE wieder zu einer starken und handlungsfähigen Kraft zu machen.

Die Solidaritätsarbeit der bundesweiten AG Cuba Sí für das sozialistische Kuba ist seit nun fast 30 Jahren sehr erfolgreich – und unsere Spendeneinnahmen steigen: in den Jahren 2018 bis 2020 um über 40 Prozent! Dies eröffnet uns weitere Möglichkeiten für die politische Solidarität und für unsere Projektarbeit in Kuba. Wir laden alle Parteimitglieder ein, sich bei uns über Kuba zu informieren und in der Solidaritätsarbeit für das sozialistische Kuba zu engagieren. Wir bitten die Mitglieder der Partei DIE LINKE in der noch bis Mai 2021 laufenden bundesweiten Kampagne „Unblock Cuba" zur Beendigung der US-Blockade gemeinsam mit uns aktiv zu werden.

Cuba sí

Koordinierungsrat der AG Cuba sí
Berlin, den 4. Februar 2021

Internationalismus und internationale Solidarität mit Lateinamerika heute

Auf Einladung der Berliner Naturfreunde diskutierte Alexander King, Bezirksvorsitzender der LINKEN Tempelhof-Schöneberg, am 8.12.2020 mit Andrés Schmidt von BUKO (Bundeskoordination Internationalismus) und ca. 30 Teilnehmern. Hier sein Einstiegsbeitrag:

Ich freue mich über dieses Zusammentreffen, denn es stimmt ja leider, dass die Zusammenarbeit zwischen Soli- und Lateinamerikagruppen einerseits und der Linken Partei und Fraktion andererseits, die vor 10 Jahren noch sehr intensiv war, heute nicht mehr so eng ist. Und vielleicht kommen wir ja dazu, dass sich das wieder ändert.

Es gibt ja unterschiedliche Möglichkeiten, internationale Solidarität zu üben. Sie sollten sich ergänzen, nicht gegeneinanderstehen Andrés arbeitet in und mit sozialen Bewegungen hier und in Lateinamerika. Meine Perspektive ist eine andere: Ich arbeite im Parlament für die Linksfraktion und bin aktiv in der Partei DIE LINKE. Damit sind andere Aufgaben, Sichtweisen und Partnerschaften verbunden.

DIE LINKE versteht sich als Partei der internationalen Solidarität. Sie unterhält Kontakte zu Parteien, die klein sind, in der Opposition, im Widerstand, und zu Parteien, die an Regierungen sind oder waren (z.B. Kommunistische Partei Kuba, MAS in Bolivien, PSUV in Venezuela, PT in Brasilien...).

Wir sind Beobachter und ständige Gäste des Foro de Sao Paulo. Das Foro zeigt sehr gut, was heute internationale Solidarität sein kann, nämlich Einheit in Vielfalt. Das heißt auch: Anerkennung für unterschiedliche Wege, die aus dem jeweils unterschiedlichen Entwicklungsstand der Gesellschaften, aus unterschiedlichen Kräfteverhältnissen, kulturellen Kontexten etc. resultieren.

Es gibt dort sozialdemokratische, sogar sozialliberale Parteien, bis hin zu kommunistischen. Aber in Wahlkämpfen unterstützen sich alle gegenseitig. Sie üben Solidarität gegenüber äußeren Gegnern. Davon kann man etwas lernen.

Verbindend ist das Streben nach politischer Souveränität, wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung ihrer Länder und Wohlstand für breite Bevölkerungsschichten – das hört sich nach sehr kleinen Brötchen an im Vergleich zu den Ansprüchen, die die Befreiungsbewegungen der 70er und 80er Jahre aufgestellt hatten.

Im Grunde geht es heute darum, Ansprüche durchzusetzen, die wir in Europa für selbstverständlich nehmen (oder aus einer Position der Übersättigung schon wieder in Frage stellen, z.B. Wohlstand für alle, Wachstum), die aber in Lateinamerika nur in einem äußerst zähen Kampf gegen mächtige Gegner im inneren und äußeren verwirklicht werden können.

Die linken Parteien und Regierungen kämpfen nicht unseren Kampf gegen den Kapitalismus, sondern um ihr Recht auf soziale und demokratische Entwicklung innerhalb des kapitalistischen Weltsystems. Sie können nicht einfach so aus der globalen Arbeitsteilung ausbrechen, sie können nur ihre Stellung darin stückweise verändern und schon das ist schwer genug, wie wir am Beispiel der Lithiumverarbeitung in Bolivien gesehen haben.
Die Absicht, hier den Wertzuwachs durch den Batteriebau im eigenen Land zu halten, hat mächtige Gegner auf den Plan gerufen und war nicht unerheblich für den Rechtsputsch 2019.

Linke Regierungen finden heute im Vergleich zu den 70er und 80er Jahren völlig veränderte Bedingungen vor. Ohne Rückhalt durch die Sowjetunion und den RGW ist es ihnen nicht möglich, aus dem Stand sozialistische Gesellschaft aufzubauen (oder zu simulieren). Die linken Regierungen heute eignen sich nicht als Projektionsfläche für Weltrevolution. Sie kämpfen für schrittweise Veränderung. Während die Kapitalistenklasse fortexistiert, im Vollbesitz ihrer ökonomischen Macht – und mit ihr die sozialen Konflikte, der Klassenkampf mit allen Mitteln.

Dennoch haben linke Regierungen viel erreicht, haben jahrelang die US Hegemonie herausgefordert, neue globale Bündnisse geschaffen und neue Formen der Zusammenarbeit mal mehr, mal weniger erfolgreich ausprobiert, soziale Errungenschaften in Bildung und Gesundheit, aber auch in demokratischer Teilhabe erzielt – und all das sollten wir unterstützen.

Denn jeder kleine Fortschritt muss gegen den erbitterten Widerstand der (global) Herrschenden erkämpft werden: Die halten dagegen mit struktureller Gewalt, etwa in Form neoliberaler Freihandelsabkommen, mit Wirtschaftssanktionen (Bsp. Venezuela) oder sogar militärischer Intervention bzw. Putsch (Bsp. Haiti).

In dieser Auseinandersetzung kommt es auch dazu, dass ein Teil des Anspruchs, mit dem Linke angetreten sind, etwa demokratische Teilhabe, verloren gehen kann – und hier beginnt die Diskussion: Wie gehen Freunde von außen damit um?
Die Überidentifikation westlicher Soli-Gruppen mit den Bewegungen im Süden hat zu vielen Enttäuschungen geführt. Deshalb ist ein anderer Ansatz notwendig, der mehr von uns selbst ausgeht. Wir haben die Aufgaben, die deutsche Politik bzw. die Politik der EU und, soweit möglich, der USA so zu verändern, dass sich die Länder des Südens nach ihren Vorstellungen frei entfalten können.

Wie üben wir also konkrete Solidarität?
Kampf gegen Freihandelsabkommen der EU, die die Entwicklungsmöglichkeiten einschränken, weil sie neoliberale Vorgaben machen: Hier gibt es die enge Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen (z.B. gemeinsam mit Andrés seinerzeit in der Mobilisierung gegen das Abkommen EU-Zentralamerika), jüngstes Beispiel: EU-MERCOSUR. Auch hier kann es zu Widersprüchen kommen, wenn z.B. eine linke Regierung die Vorteile aus einem Abkommen anders einschätzt als wir, Bsp. Abkommen EU-Ecuador, Freihandelsabkommen EU-Vietnam. In diesem Fall müssen wir die Argumente der Partner im Süden ernst nehmen.

Kampf gegen Sanktionen: Derzeit töten Wirtschaftssanktionen Tausende Menschen in Venezuela, Iran, Syrien. Gerade in Krisensituationen ist es besonders grausam, der Bevölkerung Sanktionen aufzuerlegen. DIE LINKE. ist die einzige Partei im Bundestag, die das anprangert. Das tun wir unabhängig davon, wer in dem betroffen Land regiert, das ist Solidarität mit den Menschen, die unter den Sanktionen leiden. Kuba ist das

bekannteste und bedeutendste Kampagnen-Beispiel gegen eine völkerrechtswidrige US-Blockade. Diese Kampagne muss weiterhin im Mittelpunkt unserer internationalistischen Praxis stehen.

Abkehr von der Regime Change Politik: Wir verteidigen das Völkerrecht in der internationalen Politik und wenden uns grundsätzlich gegen politische Einmischung und Manipulation von außen. Wir kritisieren die westliche Obstruktionspolitik gegenüber Kuba, Venezuela, Nicaragua und anderen Staaten.

Wir greifen internationale Initiativen, die von linken oder Mitte-Links-Regierungen z.B. in den Vereinten Nationen, eingebracht wurden, auf: Binding Treaty (Abkommen über menschenrechtliche Sorgfaltspflicht von Unternehmen), Initiative für ein internationales Staateninsolvenzverfahren, Atomwaffenverbotsvertrag, und versuchen das in Deutschland zu verstärken.

Mit welcher Haltung gehen wir an diese veränderten Anforderungen an internationale Solidarität?
Dass das so umstritten ist, hat natürlich damit zu tun, dass die Linke in einigen Ländern in die konkrete Verantwortung gekommen ist, dass sie um politische und wirtschaftliche Macht ringt – mit Gegnern, die ihr nichts schenken. Es fällt sicher leichter, sich mit einer machtlosen sozialen Bewegung zu solidarisieren oder sich für ein konkretes Ein-Punkt-Anliegen einzusetzen, als für eine politische Kraft, die – mit dem Rücken an der Wand – um Machterhalt kämpft und sich dabei ganz zwangsläufig in viele Widersprüche verheddert.

Wir müssen uns die Frage stellen: Was ist uns diese Macht wert? Diese Frage ist nicht einfach zu beantworten, denn es geht dabei auch um die Verteidigung elementarer sozialer Interessen breiter Bevölkerungsschichten. Wie weit darf man also gehen wir bei dieser Verteidigung? Ab wann dominiert der Kampf um die Macht die politische Agenda? Ab welchem Punkt wird der Machterhalt vielleicht sogar zum Selbstzweck und tritt das linke Projekt in den Hintergrund? Die entscheidende Frage ist, welche Perspektiven sich in einer Auseinandersetzung gegenüberstehen. Das ist natürlich nicht immer leicht einzuschätzen.

In jedem Fall verteidigen wir das Recht der Länder, sich nach ihren eigenen Vorstellungen zu entwickeln gegen jede Form der Einmischung durch andere (mächtigere) Staaten. Das schließt die solidarische Unterstützung von linken Bewegungen mit ein: Auch das ist Bestandteil unserer Solidarität. Gerade in Kontexten, in denen soziale Interessenvertretung massiv unterdrückt wird. Wir haben viele sozialeInitiativen in Honduras oder Kolumbien unterstützt. Das ist selbstverständlich.

Wenn wir über das Verhältnis zwischen zivilgesellschaftlichen Initiativen und linken Regierungen sprechen, also über ein Spannungsverhältnis, das in der internationalen Soli-Arbeit auftretenkann, finde ich Folgendes wichtig:
Erstens: In welchem Verhältnis stehen die Interessen einzelner Gruppen zum Interesse der Mehrheit der Bevölkerung bzw. wie kann beides in Einklang gebracht werden? Ich denke da an einen Konflikt um den Bau einer Straße durch den Urwald in Bolivien vor einigen Jahren, als die Linke in Deutschland darüber diskutiert hat, ob sie den Urwald und die Interessen der Anwohner gegen den Straßenbau verteidigen und sich damit gegen das Recht der bolivianischen Regierung stellen soll, wirtschaftliche Ressourcen zu erschließen, um die Entwicklung des Landes und damit auch die breite Armutsbekämpfung voranzubringen. Ich fand damals, dass das Recht der Bolivianer auf soziale und wirtschaftliche Entwicklung schwerer wog.

Zweitens: Wir setzen nicht Maßstäbe an, die aus Sicht von unterentwickelten Ländern unerfüllbar sind. Die Debatte über Wachstumskritik und Konzepte der Nicht-Entwicklung ist für reiche Überflussgesellschaften wie unsere sicher interessant und sogar notwendig. Regierungen, die überhaupt erst beginnen, ihre Volkswirtschaften zu entwickeln und Wohlstand für viele zu schaffen, an solchen Konzepten zu messen, lehne ich ab. Die Menschen in Lateinamerika sind nicht die Gärtner *„unseres“* Regenwaldes (zum Ausgleich unseres überkandidelten Lebensstils und unserer CO2 Emissionen).

Drittens: Wie schließen wir aus, dass wir mit viel Geld aus dem Norden politische Kräfteverhältnisse in einem Land des Südens manipulieren? Bis zu welchem Punkt ist das zulässig? Mittlerweile gibt es ja nicht ohne Grund in vielen, auch links regierten Ländern Gesetze, die das einschränken. Das kann und muss man im Einzelnen kritisieren, sofern damit gezielt oppositionelle Stimmen zum Schweigen gebracht werden. Aber der Umkehrschluss ist auch nicht richtig. Zumindest muss kritisch reflektiert werden, dass aus dem Norden, etwa aus Deutschland, sehr viel Geld in den Süden fließt, um, auch auf der Ebene von NGOs und Zivilgesellschaft, politisch Einfluss zu nehmen.

Viertens: Wie vermeiden wir, dass unsere zivile Intervention imperialistischen Interessen in die Hände spielt. Wir wissen beispielsweise um die millionenschwere Unterstützung aus den USA für Oppositionsgruppen in Nicaragua, die wiederum teilweise auch von linken Gruppen aus Europa unterstützt werden. Das ist ein Dilemma, denn die Anliegen dieser Gruppen können dennoch berechtigt sein. Jedenfalls gibt die nicaraguanische Regierung viel Anlass auch zu sozialem Protest.

Am Sonntag fand die Parlamentswahl in Venezuela statt. Die niedrige Wahlbeteiligung weist auf eine verbreitete Ermüdung oder Enttäuschung der Menschen hin.
Der Sieg der PSUV kann aber auch eine Chance sein, aus der Abwärtsspirale herauszukommen. Solidarität zeigen wir, indem wir versuchen, konstruktive Beiträge zur Überwindung der politischen Krise zu leisten, wie der stellvertretende Fraktionsvorsitzender der LINKEN, Andrej Hunko, bei seiner Reise nach Venezuela, über die er anschließend in einem Interview sagte:
„Ich hatte und habe reichlich Kritiken an Maduro, der venezolanischen Regierung und ihrer Politik. Aber in einer solchen Situation ist es die Aufgabe der Linken, sich auf die Seite des Völkerrechts zu stellen und nicht als Souffleurin der Interventionisten zu agieren. Das bedeutet nicht, Fehlentwicklungen zu verschweigen.“

Alexander King

Marienfelde - Haken hinter langer Auseinandersetzung setzen

Als ich 2017 einen Standort für unser Kiezbüro gesucht habe, fiel die Wahl auf die kleineren Räume, zugewandt zu REWE und einer leerstehenden Ladenzeile. Damals wurden schon große Pläne von der Deutschen Wohnen angekündigt. Wir setzten uns mit den verbliebenen Gewerbemieter:innen zusammen, stellten Forderungen an den Konzern gegen die geschäftsschädigende Vernachlässigung des Nahversorgungszentrums.

Wir unterstützten eine Anwohnerinitiative, die über 1500 Unterschriften für die Umgestaltung sammelten, mit der Forderung nach großem Drogeriemarkt. Zusammen machten wir es zum Thema im Stadtteilforum, wo auch erstmals Deutsche-Wohnen-Vertreter nach mehrmaliger Einladung Rede und Antwort standen. In einem Kiezrundgang mit vielen Anwohnern versicherten wir uns auch der Unterstützung der Bezirksbürgermeisterin Schöttler. Die Ankündigungen und Fristen der Dt. Wohnen verstrichen, doch jetzt ist es endlich soweit. Alles umgebaut: Kleine Läden sind zu großem Drogeriemarkt ausgebaut - Eröffnung 30. Januar.

Und in die damals weitgehend leere Sparkassenzweigstelle ist nun eine Kita eingezogen. Nicht der optimalste Platz - direkt an Straße und REWE-Parkplatz aber die Not ist wohl groß und Park und Spielplatz nicht so weit.

Harald Gindra

Markt an der Crellestraße/Kulmerstraße: Günstige Nahversorgung muss erhalten bleiben

Das Bezirksamt verkündete am 20. Januar 2021, dass die Markttage am 23. und 30. Januar an der Crellestraße/Neue Kulmerstraße entfallen. Begründung: „Aufgrund des starken Kundenandranges konnten die vorgeschriebenen Abstands- bzw. Kontaktregelungen sowie die Maskenpflicht nicht eingehalten und die Situation nicht kontrolliert werden“.
Ob im Bezirk vorher nach anderen Lösungen gesucht wurde, auch gemeinsam mit den Marktbetreibern, das ist nicht bekannt. Ebenso wenig ist bekannt, ob der Bezirk Strategien entwickelt, wie der Zugang zu günstigen Lebensmitteln dort im Schöneberger Norden in Zukunft gewährleistet werden soll. Dieser Markt gehört zu den wenigen Wochenmärkten in Berlin, die noch sehr günstige Lebensmittel anbieten und bislang deutlich teureren Angeboten nicht weichen musste. Der hohe Andrang spiegelt den großen Bedarf und die Angewiesenheit der Menschen auf günstige Nahrungsmittel.
Die stadtpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Christine Scherzinger, sagt dazu sehr deutlich: „Wir müssen gerade in diesen Zeiten, in denen die Akzeptanz von politischen Entscheidungen und Verwaltungshandeln schwindet und die Existenzsorgen vieler Menschen größer werden, die soziale Frage in den Mittelpunkt unseres politischen Handelns stellen. Top-Down Verbote helfen niemandem, sondern fördern Misstrauen und Politikverdrossenheit.“

Christine Scherzinger,
stadtpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.

Ja zum Schutz von Kleingärten

Foto: Martin Rutsch

Im Senat wird über den Schutz der Berliner Kleingartenanlagen durch ein Landesgesetz diskutiert. SPD und LINKE befürworten das. Die Grünen sind dagegen und wollen lieber an dem vorliegenden Kleingartenentwicklungsplan festhalten, der jedoch nur einen Teil der Kleingärten sichern würde.

Dazu Alexander King, Bezirksvorsitzender der LINKEN und Kandidat zur Abgeordnetenhauswahl: "DIE LINKE Tempelhof-Schöneberg und ihre Fraktion in der BVV kämpfen seit Jahren gemeinsam mit den Kleingärtnerinnen und Kleingärtnern um den Erhalt bedrohter Anlagen. Kleingartenanlagen sind erhaltenswerte Grünflächen, aber auch: sozialer Zusammenhalt, Heimat, aktive Freizeitgestaltung. Natürlich muss ein Landesgesetz so ausgestaltet werden, dass es Bestand hat und Gesamtberlin betrachtet. Dass darüber nun diskutiert wird, finden wir jedenfalls sehr gut."

Christine Scherzinger, stadtentwicklungspolitische Sprecherin der BVV-Fraktion: "Gut, dass es auf der Landesebene zwischen SPD und Linke Einigkeit gibt, alle Kleingärtenflächen in Berlin verbindlich und langfristig zu sichern und Betroffene adäquat zu beteiligen. Wir hoffen deswegen, dass die SPD im Bezirk ihren bisherigen Kurs in Sachen Kleingärten ändert. Das lässt auf bessere Zusammenarbeit in Zukunft hoffen. Bislang ließ das Engagement der SPD für die bezirklichen Kleingartenanlagen zu wünschen übrig".
Der Vorstoß der Fraktion DIE LINKE, eine Strategie zu entwickeln, um Betroffene zu beteiligen und alle bezirklichen Kleingartenflächen über B-Pläne langfristig zu sichern, war erst vor zwei Monaten von allen anderen Fraktionen abgelehnt worden.

Alexander King, Bezirksvorsitzender und
Christine Scherzinger, stadtentwicklungspolitische Sprecherin der BVV-Fraktion

http://www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de/politik/die_lupe/

Nachbetrachtung zur Liebknecht-Luxemburg-Demo am 10. Januar 2021

Die Durchführung der diesjährigen LL-Demo war im Demobündnis umstritten: Aufgrund der Pandemielage hatte der Berliner Landesvorstand der LINKEN sein „Stilles Gedenken“ auf dem Friedhof der Sozialisten abgesagt und auf Mitte März verschoben.

Mit nur einer Stimme Mehrheit beschloss das Demobündnis, die jährliche Gedenkdemo für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht nun doch am traditionellen zweiten Sonntag im Januar durchzuführen. Einige Bedenken eines Teils der Veranstalter hinsichtlich dieses Termins erwiesen sich als berechtigt: Die terminliche Abkopplung von dem traditionellen Gedenken des Berliner Landesvorstands nutzten einige Kräfte in der Berliner Polizeiführung, mit schon lange nicht mehr erfolgten Provokationen die Demo zu stören bzw. zu versuchen, sie zu zerschlagen.

Während in den späten 90er Jahren Symbole der PKK vorgeschobener Anlass zu Knüppelattacken gegen die Demo lieferten, ging am 10. Januar die Polizei mit äußerster Brutalität gegen die legal in der Bundesrepublik existierende FDJ vor, die in den vergangenen Jahren immer unbehelligt mit ihren Fahnen an der Demo teilnahm. Begründung: Es gäbe den Anfangsverdacht des Zeigens verfassungsfeindlicher Symbole, da die FDJ in einem Unrechtsurteil von 1951 von der braun eingefärbten Nachkriegsjustiz der BRD wie die damalige KPD und viele andere Organisationen der antifaschistischen und Friedensbewegung verboten wurde.
Mit Berufung auf dieses Unrechtsurteil wurden das Blauhemd tragende Jugendliche mit ‚Schlagstock und Reizgas immer wieder attackiert, mussten festgesetzte FDJ'ler mit verschränkten Armen und dem Gesicht zur Häuserwand „in der Ecke stehen“. Unglaublich, es wehte der Hauch des Kalten Krieges der Adenauer Ära an diesem Januarmorgen am Frankfurter Tor. Demagogisch und entlarvend zugleich die immer wieder drohend fordernden Ansagen der Polizei, die Corona bedingten Sicherheitsabstände gefälligst einzuhalten.
Das war schier unmöglich, kesselte doch die Polizei den Jugendblock der Demo, der sich schützend vor den ca. 30 FDJ'lern stellte, ein und drängte einen Großteil der Demoteilnehmer zusammen. Nur der beherzten Intervention der anwesenden LINKEN Bundestagsabgeordneten Sevim Dagdelen, Ulla Jelpke und Alexander Neu bei der Polizei und der Demoleitung war es zu verdanken, dass die Demo mit trotz Pandemie beachtlichen 3000 Teilnehmenden bis zum Ende nach Friedrichsfelde mit Maske und Sicherheitsabstand diszipliniert durchgeführt werden konnte.

Man muss das teilweise sektiererische Auftreten der heutigen FDJ, die in Straßenaktionen mit leuchtenem Blick im Stil der 50er Jahre die Menschen für die Revolution begeistern will, nicht mögen. Wenn aber das Zeichen der aufgehenden Sonne, das von den deutschen AntifaschistInnen im Exil für ihre damals parteiübergreifende Jugendorganisation kreiiert wurde, Anlass bietet, Jugendliche zusammenzuschlagen und mit Tränengas zu attackieren, ist Solidarität angesagt.
Dabei ging es in erster Linie gar nicht um die FDJ, sondern um einen Versuch, eine linke Demo ohne den organisatorischen Schutz der Regierungspartei DIE LINKE in Berlin zu kriminalisieren und zu attackieren. Das haben auch der Berliner Landesverband und die Fraktionsspitze der LINKEN im Berliner Abgeordnetenhaus erkannt, die den vom Innensenator zu verantwortenden Polizeieinsatz scharf kritisierten und betonten, dass durch den Einigungsvertrag alle in der DDR tätigen politischen Organisationen und somit auch die FDJ legal arbeiten können.

Bleibt nur zu betonen: Wehret den Anfängen! Und es müssen die politischen Unrechtsurteile der frühen BRD aus den 50er Jahren gegen KPD, FDJ, VVN und andere AntifaschistInnen endlich aufgehoben werden!

Nachbetrachtung: Durch den Polizeieinsatz gab es eine Premiere: So schützten Anarchisten erstmals Blauhemden der FDJ vor prügelnden Polizisten. Polizeigewalt solidarisiert Linke, die sonst keinen vernünftigen Satz miteinander sprechen können. Und: wo waren diesmal die KritikerInnen an den Polizeiübergriffen aus den Jahre 1989, z.B. viele Grüne und Sozialdemokraten, mit ihrer Forderung, „Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden“...?

Carsten Schulz

„Kuchenkrümel“

aus: Vers(s)ammlung - auf den Busch geklopft *von Klaus-Jürgen Stolz*

Für Hungerlohn?
Ein Arbeitsplatz ist nutzlos dann,
wenn man davon nicht leben kann!

Kindermärchen
Kinder, auch in großen Massen,
füllen nicht die Rentenkassen,
fehlen für die „Hosenmätze“
Lehrstellen und Arbeitsplätze!

Bedarfsanalyse
Solide Arbeiter, die braven,
sind heutzutage bess‘re Sklaven!
Man sucht und schätzt statt ihrer leider
die Hochstabler und Halsabschneider

Altersschwachsinn
Den Rentenkollaps zu verhindern,
soll‘n künftig wir bis siebzig schindern.
Doch Arbeitssuchende sind halt
mit fünfunddreisig schon zu alt...

Etikettenschwindel
Lauthals versprechen manche Affen,
sie würden „Arbeitsplätze“ schaffen,
doch hinter ihren großen Tönen
steckt Drecksarbeit zu Hungerlöhnen!

Ach so...
Umweltschutz und Arbeitsrecht
passen Wirtschaftsbossen schlecht!
Beides zu kippen meinen sie,
mit: „Abbau von Bürokratie“!

Bedarfsgerechte Ausstattung wird verweigert

In einem Wohngebiet mit guter Wohnlage werden Sorgen um die Ausstattung einer Wohnung eher nicht vermutet. Aber genau darum geht es dem 65jährigen Bewohner, der um Unterstützung bei der LINKEN anfragte. Es geht um die Erweiterung seines Badezimmers, das ihm der Besitzer verweigert. Er bat DIE LINKE um einen Besuch bei ihm und schilderte seine Lage, die behoben werden könnte. Seine jetzige Waschgelegenheit ist die Toilette, wo er im hinteren Teil vor Jahren selbst eine Dusche eingebaut hat. Diese kann er praktisch nicht nutzen, da er auf einen Rollator angewiesen ist und in dem sehr engen Raum kein Platz ist. Durch einen Arbeitsunfall beim Sturz von einer Leiter ist er in seiner Beweglichkeit stark eingeschränkt, daher bräuchte er ein größeres Badezimmer mit Dusche.

Als ehemaliger Ingenieur weiß er, dass der Durchbruch einer Wand hin zu einem kleineren Zimmer möglich ist und sein Bad vergrößern würde.
Von seiner Krankenkasse würde der behindertengerechte Umbau finanziell unterstützt werden, jedoch weigert sich sein Vermieter ihm entgegenzukommen. Als LINKE schlug ich ihm vor, den Vermieter zu kontaktieren, was er jedoch als aussichtslos ansah, und umziehen in eine warme behindertengerechte Wohnung wolle er nicht. Das Wohnumfeld, sein Zuhause, spielt für ihn auch eine wichtige Rolle.
Es fragt sich, welche zukünftigen Pläne verfolgt der Eigentümer, steht möglicherweise eine Modernisierung der Wohnungen mit Ofenheizung an? Dies würde das Aus für Herrn E. bedeuten, der sehr bescheiden lebt, obwohl ihm vom Sozialamt ca. 200 Euro zustehen würden.

Er ist kein Mensch, der klagt, sondern für das Wenige dankbar ist, das er sich leisten kann, da er als Kind im Iran noch widrigere Umstände erleben musste.
Sein einziger Wunsch ist, ein behindertengerechtes Badezimmer und dass viele Menschen erfahren, dass es auch hier Menschen gibt, die sehr arm leben.
Wir wünschen ihm alles Gute und dass sein Vermieter doch noch zu einem Einsehen kommt: Hilfe, die wenig kostet und eine Erleichterung (kein Luxus) für Herrn E. bedeuten könnte.

Elisabeth Wissel

Mieter-Aufruf: Gentrifizierung - Wir sind an Ihren Erfahrungen interessiert!

DIE LINKE als kleine Partei in einem großen Bezirk kann nicht überall sein. Wir wollen aber herausfinden, in welchem Umfang und mit welchen Methoden sich Ihre Nachbarschaft verändert. Warum Mieter mit kleinem Einkommen wegziehen müssen und sich die sogenannte „Aufwertung“ von Kiezen breit macht. Deswegen bitten wir Sie um Informationen: Wo werden aufwändige Sanierungen geplant, verbunden mit der Ankündigung erheblicher Mietsteigerungen? Wo werden ganze Häuser „leergezogen“ um grundzusanieren und anschließend in Eigentumswohnungen umzuwandeln? Wo werden Wohnungen zu Ferienwohnungen umgewandelt oder bereits als solche genutzt? Wo werden die weitgehenden Mieterhöhungsspielräume extrem ausgenutzt? Wo werden Wohnungswechsel zu extremen Mieterhöhungen genutzt? Wo müssen Hartz-IV-Haushalte Wohnungen räumen, weil sie eine Aufforderung des JobCenters erhielten, ihre Mietkosten zu senken? Wir wollen das in politische Initiative umsetzen: krasse Fälle öffentlich machen, die Vernetzung und den Widerstand unterstützen und im Rahmen unserer Möglichkeiten auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene parlamentarische Initiativen anstoßen. **Helfen Sie uns dabei!** Mieter-Notrufe an: Mi. 15-17 Uhr: 902 77 48 98 Per E-Mail an: kontakt[at]linksfraktion-ts.de | oder per Post an:
DIE LINKE, Feurigstraße 68, 10827 Berlin

DIE LINKE.
Tempelhof - Schöneberg
Bezirksgeschäftsstelle:
Feurigstr. 68,
10827 Berlin
Öffnungszeiten in der Regel:
Mo. und Mi.: 11-15 Uhr Di. und Do.: 11-18 Uhr

Tel. : +49 30 21 997-140
Fax: +49 21 729 26
E-Mail: bezirk[at]dielinke-tempelhof-schoeneberg.de
Webseite: www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de

Termine in der Roten Insel

Bezirksvorstand
24.02., 10.03.2021. 19 Uhr online

Mitgliederversammlung Wahlversammlung
Voraussichtlich
20.02. 14 Uhr - online
Wegen der Corona-Pandemie sind Änderungen möglich.
Nur mit Anmeldung.
Wahlaktiv
11.03.21, 19 Uhr

KoLYMA2.de
cook yourself!
pop-up! local! collective!

MELDE DICH
Diskriminierung und Rassismen gibt es an jeder Ecke. Schau hin und melde diskriminierende Vorfälle!
Registerstelle Tempelhof-Schöneberg:
tempelhof-schoeneberg[at]berliner-register.de
fon:+49 0157 374 508 19
www.berliner-register.de

Impressum Herausgeber: DIE LINKE Berlin, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Redaktion: DIE LINKE. Tempelhof-Schöneberg; Berliner Bank IBAN: DE 75 1007 0848 0525 6078 06 BIC: DEUTDEDB110; Erscheinungsweise: 10-12x jährlich; diese Ausgabe: Auflage:1.000 Exemplare; V.i.S.d.P.: Bezirksvorstand, Dr. Alexander King; Layout: G. Irazoque; Druck: Druckerei Gottschalk; Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des Autors oder der Autorin wieder und entsprechen nicht immer der Meinung der Redaktion oder des Bezirksvorstandes. Planung für die nächste Ausgabe 13.02.2021. Redaktionsschluss 20.02.2021, Schlussredaktion 24.02.2021. **Redaktionsschluss der Februar-2021-Ausgabe**:10.02.2021, **Schlussredaktion 15.02.2021**. Die Februar2021-Ausgabe erscheint voraussichtlich am 15.02.2021 nur online.